

Die Einwirkungen von Weltkrieg und Landesstreik

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Einwirkungen von Weltkrieg und Landesstreik

Die internationale Arbeiterbewegung

Evolution oder Revolution?

Schon von Anfang an war die *Sozialdemokratische Partei* in Schaffhausen mit einem Richtungsstreit belastet, wie und mit welchen Mitteln die Ziele der Arbeiterschaft zu erringen seien. Die genossenschaftlich-reformerischen Elemente suchten durch Selbsthilfe und massvollen politischen Einfluss die Situation des Arbeiters zu verbessern, das gewerkschaftlich-kämpferische Lager vertrat den Klassenkampf, wünschte die «direkte Aktion» und pflegte die Demonstrations- und Streikideologie. Wollten die einen ihre Ziele mit Hilfe des Staates durch einen Staatssozialismus erreichen, war den andern der Umbau des liberalen Nachtwächterstaates zum sozialen Wohlfahrtsstaat zu beschwerlich. Nicht wenige lehnten den bürgerlichen Staat überhaupt ab und beriefen sich auf internationale Spontaneität und Solidarität zugunsten einer sozialen Weltordnung. Zwischen dem Willen zu einer schrittweisen Evolution und dem glühenden Eifer für eine gewaltsame Revolution finden sich alle Schattierungen sozialistischer Ideologien, die auch in Schaffhausen nicht unbekannt blieben. Politische Minderheiten wie die Sozialdemokraten oder die Katholiken in der Schweiz neigten dazu, ausserhalb des eigenen Staatsverbandes nach Vorbildern und Koalitionspartnern Umschau zu halten. Was für die Katholiken die römisch-katholische Weltkirche und ihr Oberhaupt in Rom war, wurde für die Arbeiterschaft der verschiedensten Länder die internationale Arbeiterbewegung und ihre Führer. Die Freisinnigen und die Liberalen dagegen konnten sich während Jahrzehnten als Hüter und Bewahrer des schweizerischen und des Schaffhauser Staatswesens betrachten.

Die «Internationale Arbeiter-Association» (Erste Internationale), die von 1864 bis 1876 bestand, berührte die Schaffhauser Verhältnisse nur wenig. Sie führte zur Gründung einer Metallarbeiter-Gewerkschaft und eines Konsumvereins, die beide keinen Bestand hatten (S. 157). Wichtig für die Schweiz und Schaffhausen wurde die Zweite Internationale der Jahre 1889 bis 1921. Besonders die revolutionäre Richtung wurde bedeutsam, die vom Stuttgarter Kongress (1907) über die Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) zur Gründung der Dritten Internationale im Jahr 1919 führte. Ohne Berücksichtigung dieser internationalen

Ereignisse ist der Weg der Schaffhauser Sozialdemokraten kaum verständlich, um so eher, als er sich nicht parallel zum Kurs der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* entwickelte.

Die Kernfrage ist: Warum entschied sich die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* in den Jahren 1920 und 1921 für die radikale Richtung und trat der kommunistischen Dritten Internationale bei? Die Vorgeschichte dieses tiefgreifenden Entscheides soll zeigen, dass persönliche Kontakte der Schaffhauser Arbeiterführer mit internationalen Kämpfern und langfristige ideologische Vorbereitung der Schaffhauser Arbeiterschaft diesen Weg vorgezeichnet haben.

Stuttgarter Kongress 1907

Hermann Schlatter, der spätere Schaffhauser Stadtpräsident, nahm 1907 am Stuttgarter Kongress teil¹. Er war einer der 19 Genossen, die von der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* an diese Tagung delegiert wurden. Vom 20. bis 26. August 1907 erschienen im *Echo vom Rheinfall* seine *Briefe vom internationalen sozialistischen Kongress* als Leitartikel. Der Stuttgarter Kongress, übrigens die erste internationale Tagung, an der sich Lenin beteiligte, behandelte die Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte. Anlass dazu war die Unterdrückung der ersten russischen Revolution von 1905 und der in Russland beginnende Scheinkonstitutionalismus mit Hilfe der Polizei². Guesde, Jaurès und Bebel brachten Resolutionen ein, die teilweise die antimilitaristischen Aktionen verwarfen und die Arbeiter anwiesen, in einem Verteidigungskrieg ihr Vaterland zu schützen. Bebel sah nur parlamentarische Mittel gegen den Militarismus vor, Jaurès wünschte eine Demokratisierung der Armeen und nahm sich das schweizerische Volksheer zum Vorbild³. Zu diesen Anträgen legten Lenin und Rosa Luxemburg Zusatzanträge vor, die verlangten, dass die Arbeiter bei einem allfälligen Kriegsausbruch sofort auf dessen Beendigung hinarbeiten müssen und jede Krise zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und Klassenherrschaft auszunützen haben. Bebels Resolution und die radikalen

¹ *Echo* 20.8.1907. Spätestens seit dem Stuttgarter Kongress bestanden persönliche Beziehungen zwischen August Bebel und Hermann Schlatter. Der Briefwechsel wurde von Schlatter 1940 verbrannt (Schlatter-Haas 2).

² *Kriwogus* 241—249.

³ vgl. *Urs Brand, Jean Jaurès und das schweizerische Milizsystem* (SZG 22,1972, 77—101).

Zusatzanträge wurden vom Kongress angenommen. Damit wurde ein Schritt getan zur *Anerkennung aller Kampfmittel, zur Berücksichtigung der Erfahrung der russischen Revolution und zur Entwicklung der aktiven, der schöpferischen Seite der Bewegung* (Lenin)⁴. Von nun an galten Kriege als Produkte des Kapitalismus und des Imperialismus, denen die internationale Arbeiterschaft — zumindest in der Theorie — den schärfsten Kampf ansagte. Es ist unverkennbar, dass der Stuttgarter Kongress direkte Wirkungen auf den Referendumskampf gegen die neue schweizerische Militärorganisation (1907) hatte, gegen die Hermann Schlatter in Vorträgen und Artikeln mit Vehemenz Stellung nahm⁵. Das zweite in Stuttgart erörterte Thema war die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Sollten sich die Gewerkschaften neutral verhalten oder den internationalen Sozialismus verbreiten? Auch in dieser Frage siegte die radikalere Richtung, die den Neutralismus ablehnte und eine enge Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften befürwortete. Hermann Schlatter, der in der entsprechenden vorbereitenden Kommission des Kongresses Einsitz genommen hatte, fasste den Beschluss als verbindlich auf. Vier Jahre später konstituierte sich die durch Gewerkschaften getragene Schaffhauser *Arbeiterunion* als *Sozialdemokratische Partei* und stellte die geforderte enge Beziehung in der Praxis her (S. 237). Nach dem Stuttgarter Kongress verschärfen sich die Gegensätze in der Zweiten Internationale, weshalb auf den 24./25. November 1912 ein ausserordentlicher Kongress nach Basel einberufen wurde⁶. Von Schaffhausen nahm der Beringer Gemeinderat Philipp Wildberger mit seiner Tochter Margrit, der späteren Frau von Walther Bringolf, an der Tagung teil⁷. Der ganze Kongress war eine machtvolle Demonstration der internationalen Arbeiterschaft zur Verteidigung des Friedens. Inmitten der imperialistischen Rüstungen und im Vorfeld des nahenden Weltkrieges wurden alle Völker aufgerufen, den Krieg zu bekämpfen. *Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schiessen, zum Vortheile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge*, hiess es im einmütig gutgeheissenen Manifest⁸, das die Resolutionen des Stuttgarter Kongresses zitierte.

⁴ Kriwogus 241.

⁵ Jahresbericht GV 1907,150.

⁶ Kriwogus 258—268.

⁷ 50 Jahre Arbeiter-Zeitung 43.

⁸ Abdruck in Echo 27.11.1912.

Zimmerwald und Kiental

Dennoch brach zwei Jahre später der Erste Weltkrieg aus. Die Arbeiter aller Länder folgten dem Militäraufgebot ihrer Regierungen, die Sozialisten stimmten mit wenigen Ausnahmen den Kriegskrediten zu. Die internationale Solidarität der Arbeiterschaft brach zusammen und mit ihr die Kraft der Zweiten Internationale. Sie hatte nicht vermocht, ihre Empfehlungen für das Verhalten im Kriegsfall durchzusetzen. Arbeiter und Sozialisten schlossen mit ihren Regierungen den sogenannten «Burgfrieden» zur Verteidigung des Vaterlandes. Doch war die Zustimmung zu den Zusatzanträgen von Lenin und Rosa Luxemburg nicht nur ein Lippenbekenntnis gewesen, wie sich bald erweisen sollte.

Ein Jahr nach Kriegsbeginn trafen sich vom 5. bis 8. September 1915 38 Delegierte aus 11 Ländern zu einer internationalen Konferenz in Zimmerwald. Das einstimmig angenommene Manifest⁹ erklärte Losungen wie «Vaterlandsverteidigung» und «Burgfrieden» für Lügen und Arbeiterbetrug. Lenin, der Initiator der Tagung, forderte die Gründung einer neuen Internationale, die frei von Opportunismus sein sollte¹⁰. Das Manifest von Zimmerwald verfehlte seine Wirkung nicht. Der Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* von 1915 in Aarau stimmte ihm mit Mehrheit zu¹¹. In der Theorie lehnten die Führer der schweizerischen Sozialdemokratie damit den Burgfrieden ab und stellten sich an die Spitze der internationalen revolutionären Bewegung.

Eine zweite Konferenz von internationalem Ausmass tagte vom 24. bis zum 30. April 1916 in Kiental¹². Sie verurteilte nicht nur den «Sozialchauvinismus», sondern auch den «Sozialpazifismus», der die Massen vom revolutionären Kampf abzulenken suche¹³. Der *Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* von 1916 stand unter dem Einfluss dieser radikalen Tendenzen und ordnete den Jungsozialistenführer Willi Münzenberg (1889—1940) in die Geschäftsleitung ab. Ein Jahr später verwarf der Parteitag in Bern mit 228 gegen 97 Stimmen die Militärkredite¹⁴. Damit setzte die

⁹ Abdruck in *Echo* 18.9.1915. Ueber die Autorschaft Leo Trotzki's vgl.: *Harry Wilde, Trotzki*, Reinbek/Hamburg 1969, 81.

¹⁰ *Kriwogus* 290—292.

¹¹ *Gruner, Parteien* 136.

¹² *Kriwogus* 292—295.

¹³ Abdruck der Resolution in *Echo* 8.5.1916.

¹⁴ Delegierte von Schaffhausen waren Franz Lehner und Leo Mares von der städtischen, Eduard Haug von der Kantonalpartei (*Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 9. und 10. Juni 1917*, Bern 1917, 188, 191).

schweizerische Partei die radikalen Zusatzanträge des Stuttgarter Kongresses in die Wirklichkeit um. Der Einfluss Lenins und die innenpolitischen Spannungen der Schweiz hatten zu diesem Umschwung beigetragen.

Radikalisierung der Schaffhauser Arbeiterschaft

Lohnkämpfe und Streiks

Welche Wirkungen hatten die internationalen und die schweizerischen Ereignisse auf die lokale Situation in Schaffhausen? Die Konferenzen und Parteitage konnten sich mit verbalen Resolutionen und Verurteilungen begnügen, doch kam es schliesslich auf die praktischen Auswirkungen der Theorien an Ort und Stelle an.

In Schaffhausen wurde der Klassenkampf in Form von Streiks, Demonstrationen und Wahlkämpfen durchgeführt und erlebt. Während der Jahre 1869 bis 1924 wurden in der Region Schaffhausen 39 Streikaktionen mit teilweise wochenlanger Arbeitsniederlegung durchgeführt¹⁵. Der Kulminationspunkt wurde im Landesstreik von 1918 erreicht, auf den noch näher eingegangen werden soll (S. 264). Bis 1898 mischte sich die Schaffhauser Regierung nicht in Arbeitskonflikte, dann wurde sie als Vermittlungsinstanz aufgerufen¹⁶. Seit 1902 galt das Arbeitersekretariat als offizielle Vermittlungsstelle. Es wurde ab 1906 vom Kanton finanziell unterstützt, womit der Staat sein Interesse an der friedlichen Beilegung von Lohnkämpfen bekundete.

Auswärtige Redner

Waren die Streiks als «direkte Aktion» vornehmlich Privatangelegenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, so griffen Demonstrationen und Wahlkämpfe in den politischen Bereich ein und waren öffentliche Ereignisse. Vor dem Weltkrieg lässt sich bereits ein Interesse auswärtiger Sozialisten an der Industrie-

¹⁵ Gewerkschaftskartell 26—35. Rohr 27.

¹⁶ Beim Streik der Spenglergesellen von 1898 ersuchte die *Arbeiterunion* den Regierungsrat um Intervention. In der Sitzung vom 22.6.1898 lehnte der Regierungsrat als Kollegium das Gesuch ab, ermächtigte aber Regierungsrat Jakob Keller als Vorsteher der Gewerbedirektion, «von sich aus» als Schiedsrichter zu amten (Protokoll RR 22.6.1898). Keller vermittelte und fällte einen Schiedsspruch (Protokoll RR 29.6.1898).

stadt Schaffhausen beobachten. An den seit 1889 üblich gewordenen 1.-Mai-Feiern mit Umzügen und Ansprachen oder an andern Veranstaltungen traten namhafte Persönlichkeiten auf¹⁷. Vor der Schaffhauser Arbeiterschaft sprachen unter andern August Bebel (1840—1913)¹⁸, der sozialdemokratische deutsche Reichstagsabgeordnete Adolf Hoffmann (1858—1930)¹⁹, der österreichische Sozialistenführer Dr. Friedrich Adler²⁰, der Ungar Manò Buchinger²¹ und der erste Reichskanzler der Weimarer Republik, Philipp Scheidemann (1865—1939)²². Wegzeichen zu einer Radikalisierung lassen sich in diesem Zeitabschnitt noch nicht erkennen.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges änderte sich die Situation rasch. An den Vortragsthemen und den Rednern lässt sich ein scharfer Linkskurs beobachten. Den Anfang machte am 20. Januar 1915 Frau Dr. Angelica Balabanoff mit einem Vortrag «Ueber den Krieg»²³. Im Oktober 1915 sprach der sozialpatriotisch eingestellte Nationalrat Dr. Albert Studer (SP, Basel) anlässlich einer Friedenskundgebung. Am 4. Februar 1916 wettete Robert Grimm (SP, Bern) gegen das neutralitätsschädigende Verhalten der schweizerischen Nachrichtenobersten Egli und von Wattenwyl. Nach einer weiteren Friedenskundgebung der Jungburschen am «Roten Sonntag» vom 3. September 1916, zu der ein Rekrutenbataillon nach Schaffhausen abkommandiert worden war, benützte derselbe Redner am 8. Oktober 1916 dieses Truppenaufgebot, um gemäss der Zimmerwald-Resolution auf den Klassenfeind im eigenen Land hinzuweisen. Am 25. April 1917 sprach der Internationalist Willi Münzenberg in Schaffhausen, im März und Mai 1918 folgte ihm Lenins Freund und Begleiter nach Russland, Fritz Platten. Beide Redner waren Kenner der internationalen Linken und der soeben ausgebrochenen Februarrevolution in Russland. Sie kannten die führen-

¹⁷ Gewerkschaftskartell 20—21.

¹⁸ Brockhaus Enzyklopädie 2, 433.

¹⁹ Brockhaus Enzyklopädie 8, 581.

²⁰ Brockhaus Enzyklopädie 1, 129.

²¹ Brockhaus Enzyklopädie 3, 397.

²² Brockhaus Enzyklopädie 16, 595.

²³ Angelica Balabanoff war mehrmals in Schaffhausen. Sie schreibt im Zusammenhang mit ihrer Ausweisung aus der Schweiz: *Endlich wurden wir auf einer kleinen Station, dicht an der badischen Grenze, abgesetzt. Wie oft war ich auf meinen Agitationstouren aus Schaffhausen zu Fuss hingegangen, wie oft hatte ich auf der Durchreise nach Deutschland dort übernachtet* (Angelica Balabanoff, *Erinnerungen und Erlebnisse*, Berlin 1927, 199).

Zum folgenden vgl. Gewerkschaftskartell 20—21, 42 und Rohr 12—16, ferner die Inserate und Besprechungen im Echo.

den Persönlichkeiten und ihre Absichten. An der Notstandsversammlung vom 26. April 1917 forderte Nationalrat August Huggler die Schaffhauser mit dem Appell heraus: *Nehmen Sie ein Beispiel am russischen Volke, das in der Not seine Ketten zerrissen hat. Zerreißen auch Sie die Ketten des Kapitalismus!* Die bundesrätliche Zivildienstvorlage rief den Vorwärts-Redaktor Friedrich Schneider (SP, Basel) nach Schaffhausen, wo er am 15. Februar 1918 anlässlich einer Protestversammlung gegen die Landesbehörde Stellung bezog. Er wurde in Schaffhausen ebenso stürmisch begrüsst wie die Forderungen des Oltener Komitees, dem Schneider angehörte. Auch Karl Radek (1885—1939) und der Arbeitersekretär Konrad Wyss (SP, Zürich) sprachen in Schaffhausen. Ob Lenin selbst in Schaffhausen gesprochen hat, lässt sich nicht beweisen. Mit Sicherheit falsch ist Paul Maags Version, wonach er bei seiner Durchreise nach Gottmadingen, wo er den «plombierten» Wagen bestieg, um über Schweden nach Petrograd zu gelangen, in Schaffhausen übernachtet haben soll²⁴.

Die Schaffhauser Arbeiterführer

Nebst diesen auswärtigen Referenten sorgte Echo-Redaktor Hans Müller mit seinem internationalistischen Kurs täglich für die Verbreitung von radikalen Ideen und Forderungen (S. 229). Aber auch Hermann Schlatter als Stadtrat und ab 1917 als Stadtpräsident scheute sich nicht, öffentlich aufzutreten und die Unterdrückung der Arbeiterschaft anzuprangern. Am 7. September protestierte er an einer Versammlung scharf gegen das Truppenaufgebot anlässlich des «Roten Sonntags», und am 25. Juni 1918 sprach er auf dem Fronwagplatz anlässlich der vom Oltener Aktionskomitee geforderten Teuerungs demonstration. Eine ähnliche Veranstaltung mit halbtägiger Arbeitsniederlegung und einem Umzug von 4800 Personen hatte sich bereits am 30. August 1917 gleichenorts abgespielt, wobei Arbeitersekretär Emil Meyer als Redner aufgetreten war²⁵. Wirtschaftliche Not und Missstände im Versorgungswesen trieben die Arbeiter während der Teuerungswelle der letzten Kriegsjahre immer wieder auf die Strasse und

²⁴ Gewerkschaftskartell 42. Fritz Platten, *Die Reise Lenins durch Deutschland*, Berlin 1924, 35. Werner Hahlweg, *Lenins Rückkehr nach Russland*, Leiden 1957, 91, 96. Bundesarchiv Bern, Lenins Ausreise aus der Schweiz, 2001 (H) 1, Band 90. Die Rückfahrt Lenins ist nun ausführlich dargestellt in Willi Gautschi, *Lenin als Emigrant in der Schweiz*, Zürich 1973, 276—286.

²⁵ Gewerkschaftskartell 33.

an Versammlungen, wo sie im öffentlichen Protest den solidarischen Kampfgeist erlebten, der im November 1918 zu einem geregelten und fast reibungslosen Verlauf des Generalstreiks in Schaffhausen führte. Die Arbeiterführer unterliessen trotz öffentlicher Missbilligung nichts, um die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen. Sie erreichten wenig. Ihre Aktionen führten aber zu einem Aufschwung und zu einer Geschlossenheit der Partei, die im Jahr 1917 bis 1918 von 294 auf über 600 Mitglieder zunahm²⁶.

Der Generalstreik in Schaffhausen

Vorbereitungen und Proteststreik

In dieser Phase der Geschlossenheit von Partei und Arbeiterschaft gelang 1917 die Wahl von Hermann Schlatter zum Schaffhauser Stadtpräsidenten und 1918 die Wahl von Emil Meyer als Stadtrat. Kurz darauf begannen auch die Vorbereitungen des Generalstreiks durch die Wahl eines Schaffhauser Streikkomitees²⁷. Es wurde am 2. August 1918 von den Präsidenten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bestellt. Das engere Komitee, das die Führung übernahm, bestand aus Arbeitersekretär Heinrich Schöttli, Metallarbeitersekretär Heinrich Weber und Adolf Sauter, Tramangestellter. Die Vorbereitungen erfolgten geheim, doch wurde Stadtpräsident Schlatter auf dem laufenden gehalten. Hemmend wirkte der Umstand, dass wegen der grassierenden Grippe vom Regierungsrat und vom Stadtrat im August und September 1918 ein allgemeines Veranstellungs- und Versammlungsverbot erlassen worden war.

Der revolutionäre Umsturz in Deutschland mit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. war der Funke, der noch nötig war, um die schwelende Krise in der Schweiz zum Ausbruch zu bringen. Das Truppenaufgebot des Bundesrates, wonach Militäreinheiten in Zürich und andern Schweizer Städten den Ordnungsdienst gegen revolutionäre Umtriebe zu versehen hatten, wirkte sich insofern negativ aus, als es die Bürgerkriegssituation verschärfte²⁸. Gemäss den Weisungen des Oltener Aktionskomitees ordnete das Schaffhauser Streikkomitee als Antwort darauf einen eintägigen allgemeinen Streik an. Am Samstag, dem 9. November 1918, befolgten

²⁶ Echo 6.5.1918.

²⁷ ausführlich bei Rohr 53—79.

²⁸ Vgl. Gautschi 235—247.

rund 10 000 Arbeiter die Streikparole. Die Eisen- und Stahlwerke im Mühlental waren mangels Arbeitswilligen stillgelegt, und in der Uhrenfabrik sowie den Neuhauser Aluminiumwerken ruhte die Arbeit, weil durch den Streik der Elektrizitätswerkarbeiter der Strom ausblieb. Die Polizei hielt sich zurück, und die aufgebotenen, auf Pikett stehenden Militäreinheiten griffen nicht ins Geschehen ein. Auf dem Fronwagplatz sprachen Heinrich Weber als Präsident des Streikkomitees und der Typograph Franz Stocker zu einer Menschenmenge von etwa 5000 Personen, ohne dass ein Zwischenfall eintrat.

Unbefristeter Generalstreik

Der Proteststreik, auf 24 Stunden befristet, war allerdings nur die Hauptprobe. Ueber das spannungsgeladene Wochenende vom 9./10. November 1918 hatte niemand in Schaffhausen klare Vorstellungen darüber, wie das weitere Vorgehen des Oltener Aktionskomitees sein würde. Am Montag morgen nahmen fast alle Arbeiter ihre Arbeit wieder auf. Gleichzeitig fand im Kantonsrat eine heftige Debatte über die Geschehnisse vom Samstag statt. Bis um die Mittagsstunden wurde bekannt, dass das Oltener Komitee inzwischen beschlossen habe, einen unbefristeten Generalstreik in der Nacht vom 11. auf den 12. November 1918 beginnen zu lassen. Er sollte erst abgebrochen werden, wenn folgende neun Forderungen²⁹ erfüllt würden:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten
7. Alters- und Invalidenversicherung
8. Staatsmonopole für Import und Export
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden

Das Schaffhauser Streikkomitee nahm unverzüglich die Organisation des neuen Streiks auf, indem es am Nachmittag des 11. No-

²⁹ Gautschi 283—284.

vember die Staats-, Stadt- und Militärbehörden samt Industrievertretern zu einer Konferenz einlud und die Bevölkerung an einer öffentlichen Versammlung auf dem Fronwagplatz orientierte. Das lokale Streikkomitee verstand sich als ausführendes Organ der Oltener Beschlüsse und setzte alles daran, die landesweite Demonstration für den Platz Schaffhausen umsichtig und störungsfrei durchzuführen. Anders als beispielsweise in Zürich, wo es durch unkluge Taktik von Militär und Demonstranten zu Schiessereien kam und Tote zu beklagen waren, suchten beide Lager in Schaffhausen durch Disziplin und gegenseitige Information Zusammenstöße zu verhindern. Als ausserordentlich wichtig erwies sich, dass Stadtpräsident Hermann Schlatter gute Beziehungen zum Regierungsrat und zum Kommandanten der Ordnungstruppen, Major Schüpbach, hatte, gleichzeitig aber auch in die Pläne des Streikkomitees eingeweiht war³⁰. Entsprechend der ruhigen und überlegenen Haltung von Behörden, Ordnungstruppen und Streikleitung wurde der Generalstreik in Schaffhausen das, was er in schweizerischem Ausmass hätte sein sollen: eine machtvolle Demonstration der Arbeiter, die sich durch ihren solidarischen Protest rächen wollten an einer bürgerlichen Gesellschaft, welche einen Teil der Arbeitnehmer in der Krisenzeit weitgehend vergessen oder vernachlässigt hatte. Der Generalstreik begann am Montag, dem 11. November 1918, um Mitternacht. Seine Auswirkungen, die sich erst am Dienstag zeigten, nahmen ein unerwartetes Ausmass an:

In den grossen Fabriken der Schaffhauser Metall- und Maschinenindustrie ruhte die Arbeit mit wenigen Ausnahmen, während in der Aluminiumfabrik Neuhausen und der Bindfadenfabrik Flurlingen sowie in kleineren Betrieben Arbeitswillige teilweise unter militärischem Schutz zur Arbeit antraten. Ausser Schaffhausen und Neuhausen wurden keine andern Orte im Kantonsgebiet von der Streikbewegung erfasst.

Der Eisenbahnverkehr kam im Raum Schaffhausen völlig zum Erliegen. Bereits am Montag fielen infolge des Zürcher Generalstreiks zahlreiche Züge aus, und am 12. November trat auch die grosse Mehrheit der Schaffhauser Eisenbahner gemäss den Weisungen des Oltener Aktionskomitees in den Streik . . .

Im Gegensatz zum Schaffhauser Trampersonal versahen die Angestellten der Strassenbahn Schaffhausen—Schleitheim ausnahmslos ihren Dienst . . .

³⁰ Schlatter-Haas 1,2,5.

Dem Streik der Eisenbahner schloss sich das übrige eidgenössische Personal im Gegensatz zu den Behauptungen des Schaffhauser Aktionskomitees nicht an . . .

In einer Presseerklärung distanzierte sich das Kartell der Angestellten-Verbände von Schaffhausen von den Streikaktionen und protestierte gegen die missbräuchliche Verwendung der Worte «Beamte und Angestellte» auf Flugblättern und Maueranschlägen der Aktionskomitees³¹.

Die letzte Notiz zeigt, wie die Grenze zwischen Streikenden und Nichtstreikenden verlief. Der Beamtenstand hielt sich zurück, um es mit den Bürgerlichen nicht zu verderben. Nicht wenige waren darauf angewiesen, bei der nächsten Wahl wieder bestätigt zu werden. Dass die eidgenössischen Beamten nicht am Streik teilnahmen, hatte seinen Grund darin, dass sie vom Bundesrat kurzfristig den Militärgesetzen unterstellt worden waren³².

Streikabbruch

Die Landesbehörden nahmen, gestärkt durch die unbeugsame Haltung von General Wille, eine feste Position ein. Der Bundesrat versprach in einem Aufruf an das Schweizervolk seinen Willen zur Sozialreform, lehnte aber jede Gewalttätigkeit entschieden ab. Die eidgenössischen Räte und der Bundesrat stellten der «Nebenregierung» von Olten das Ultimatum, den Landesstreik sofort abubrechen oder mit weiteren Massnahmen zu rechnen. In Erwägung ziehend, dass die Kampfmittel einseitig verteilt seien und die Arbeiterfront nicht überall geschlossen war, entschloss sich das Oltener Aktionskomitee schweren Herzens, den Generalstreik in der Nacht vom 14. auf den 15. November abubrechen. Die entsprechende Nachricht löste in Schaffhausen, wo der Streik den gewünschten Erfolg gehabt hatte, *das beklemmende Gefühl einer Niederlage* aus³³. In der Stadtkirche St. Johann, in der die Streikleitung täglich die Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit über den Stand der Dinge unterrichtet hatte, gab Heinrich Weber am Abend des 14. November den Streikabbruch bekannt. Am Morgen des 15. November trat die Schaffhauser Arbeiterschaft wieder zur gewohnten Arbeit an.

³¹ Rohr 71—73.

³² Gautschi 300.

³³ Korrespondenz von Heinrich Weber in der *Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung* vom 30.11.1918.

Was aber im Moment als beschämende Niederlage empfunden wurde, sollte sich in den nächsten Jahren als Sieg herausstellen. Die wesentlichsten Forderungen des Oltener Aktionskomitees wurden im Verlauf von rund 50 Jahren verwirklicht. Aus dem einst liberalen Nachtwächterstaat wurde spätestens mit der Annahme zur Alters- und Hinterlassenenversicherung ein moderner Wohlfahrtsstaat.

Gründung der Arbeiter-Zeitung

Zusammenarbeit mit Volksrecht

Der Besitzer des Echo-Verlages, Emil Nägeli-Winzen, und der neue Redaktor Hans Nydegger setzten im Generalstreik auf die falsche Karte und brüskierten mit ihrem gemässigten Grütlianerstandpunkt die radikal gesinnte Arbeiterschaft (S. 232). Eine erspriessliche Zusammenarbeit zwischen *Echo* und *Arbeiterunion* oder mit der *Sozialdemokratischen Partei* war nach den Geschehnissen vom November 1918 nicht mehr möglich. Da sich mit Ausnahme von Gottfried Meier-Lanz sämtliche einflussreichen Schaffhauser Arbeiterführer zum radikalen Kurs bekannten³⁴ und die Solidarität der Arbeiter im Generalstreik auch die Unentschlossenen mitgerissen hatte, war es den Internationalisten darum zu tun, nach einem neuen Publikationsorgan Umschau zu halten und einen Neuanfang zu wagen. Die Vorarbeiten waren seit dem Uebergang des *Echo* an Emil Nägeli im Gange, ein Pressefonds von 80 000 Franken stand zur Verfügung. Da in Schaffhausen vorläufig weder eine Zeitungsdruckerei noch ein Redaktionsstab für eine sozialradikale Tageszeitung zur Verfügung stand, traf die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* mit dem Geschäftsführer der Genossenschaftsdruckerei Zürich eine Vereinbarung zur Herausgabe eines Arbeiterblattes in Schaffhausen³⁵. Unter dem Titel *Arbeiter-Zeitung* wurde in der Zürcher Druckerei ein Kopfblatt des *Volksrechts* für Schaffhausen hergestellt. Der Hauptteil wurde in Zürich redigiert, während die örtlichen Nachrichten durch eine Lokalredaktion in Schaffhausen verfasst wurden. Dass die Schaffhauser gerade das *Volksrecht* zur Grundlage ihres Organs ausgewählt hatten, hing nebst geographischen Vorteilen vom politischen Kurs dieses Blattes ab. Unter der Redaktion von Ernst

³⁴ Echo 2.12.1918, 3.12.1918.

³⁵ AZ 16.3.1929. Bringolf 73.

Nobs und Dr. Christian Hitz-Bay verfolgte das *Volksrecht* bis 1921 einen radikalen Linkskurs, der die Stimmung der sozialdemokratischen Parteilinken zum Ausdruck brachte. Der aus Schaffhausen stammende Student Walther Bringolf war damals Mitarbeiter des *Volksrechts* und half mit, die Ausgabe für seinen Kanton mitzuredigieren. Für den Lokalteil wurde Arbeitersekretär Heinrich Schöttli in Schaffhausen bestimmt, der bis 1921 als verantwortlicher Redaktor zeichnete.

In Schaffhausen erschien bereits am 30. November 1918 die erste Nummer der *Arbeiter-Zeitung*³⁶, knapp zwei Wochen nach dem Generalstreik. Sie enthielt das den damaligen Umständen gemäss scharf formulierte Gesetz, nach dem das sozialdemokratische Tagblatt seine Fahrt antrat:

*Feind alles süsslichen Gewäschs, entschiedener Gegner jeder zimperlichen Kompromisselei wird es die Wahrheit verkünden, unbekümmert darum, ob es wohl oder wehe tut. Als unerschrockener Anwalt der wirtschaftlich Schwachen wird die «Arbeiterzeitung» den Kampf führen bis zu jenem Tage, da das heute herrschende System in Scherben geschlagen ist, da wir auf Erden wirklich Brüder, Menschen geworden sind. — Mit dem Volke — für das Volk!*³⁷

Trotz dem beharrlichen Willen der Arbeiterführer Hermann Schlatter, Philipp Wildberger, Hermann Huber und Heinrich Schöttli wurde aus dem geplanten Tagblatt vorerst nur ein Wochenblatt. Das neue Zeitungsunternehmen hatte mit dem Papieramt in Bern um die Papierzuteilung zu kämpfen³⁸. Vermutlich um die Behörden zu täuschen, erschienen die Extranummern für Schaffhausen vom 3. Januar bis 14. März 1919 unter dem Titel *Volksrecht*. Erst ab Mitte März erfolgte täglich und regelmässig die Herausgabe der *Arbeiter-Zeitung*. Sie blieb bis zum 28. Oktober 1921 ein Kopfblatt des *Volksrechts* und wurde bis zu diesem Datum in Zürich gedruckt.

³⁶ Blaser 84 nennt fälschlicherweise 29.11.1918. Die Nummern 1—5 erschienen am 30.11., 6.12., 13.12., 20.12. und 31.12.1918. Vom 3.1.1919 an wurden den Abonnenten der *Arbeiter-Zeitung* täglich das Zürcher *Volksrecht* zugestellt (AZ 31.12.1918). Die *Extraausgabe für den Kanton Schaffhausen* führte als verantwortlichen Redaktor Heinrich Schöttli auf (*Volksrecht* 5.1.1919). Faksimile der Nummer 1 in: 50 Jahre Arbeiterzeitung 3.

³⁷ AZ 30.11.1918.

³⁸ Amtsblatt 1918,54—55, 952—953. AZ 31.12.1918, 3.1.1919.

Unionsdruckerei Schaffhausen AG

In den Jahren 1918 bis 1921 erfolgte eine allmähliche Trennung der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* in einen linken und einen rechten Flügel, was auch auf die Parteiorgane einen bestimmenden Einfluss hatte. Die Schaffhauser Arbeiterschaft und ein Teil der Zürcher Arbeiter neigten der Parteilinken zu. Der Volksrechtredaktor Ernst Nobs entschied sich im entscheidenden Moment für die Rechten, worauf die städtische Parteiversammlung der *Sozialdemokratischen Partei* in Zürich beschloss, ihn als Redaktor abzuberaufen³⁹. Ueber die Redaktionsbesetzung hatte aber letztlich nicht die Partei, sondern die Volksrecht-Genossenschaft zu befinden. Nach heftigem Kampf entschieden sich die Genossenschaftler am 9. Januar 1921 für Nobs und den rechten Parteiflügel. Nun klafften die Wünsche der Schaffhauser Arbeiter und die politische Richtung des *Volksrechts* und damit der *Arbeiter-Zeitung* auseinander. Den Uebergangszustand beschreibt Walther Bringolf mit den Worten:

*Da die Anschauungen des Volksrechts mit der Zeit mit den Anschauungen der Sozialdemokratischen Partei Schaffhausens nicht mehr übereinstimmten, war ich während Monaten eine Art Zensor der Schaffhauser Arbeiter-Zeitung, indem ich dafür zu sorgen hatte, dass in der Arbeiter-Zeitung keine Auffassungen zur Geltung kamen, die mit der von der Führung der Sozialdemokratie in Schaffhausen vertretenen Anschauung nicht übereinstimmten*⁴⁰.

Walther Bringolf distanzierte sich mit dem Leitartikel vom 12. Januar 1921, betitelt «Revolution in Permanenz», vom neuen Kurs des *Volksrechts* und leitete damit die Lösung des Vertragsverhältnisses mit der *Arbeiter-Zeitung* ein. Bis zum Herbst 1921 gelang es, unter der Schaffhauser Arbeiterschaft das erforderliche Aktienkapital von 50 000 Franken zur Gründung einer eigenen Zeitungsdruckerei zusammenzubringen. Die 1000 Aktien à 50 Franken wurden von 90 Genossenschaftlern unter Beizug von Arbeiterunion, Gewerkschaften und Parteisektionen übernommen, so dass im Oktober 1921 die Unionsdruckerei Schaffhausen AG gegründet werden konnte⁴¹. Als Verwaltungsratspräsident amtierte Hermann

³⁹ Bodenmann 20.

⁴⁰ Bringolf 73.

⁴¹ Amtsblatt 1923,366. 1924,340. Die konstituierende Versammlung der «Sozialdemokratischen Pressunion des Kantons Schaffhausen» fand bereits am 22. Januar 1919 statt (*Volksrecht* 24.1.1919).

Schlatter, der zwei Jahrzehnte zuvor schon die Berner Genossenschaftsdruckerei begründet hatte (S. 202). Geschäftsführer wurde der gewissenhafte Hermann Huber. Bereits auf den 29. Oktober 1921 erschien die erste Nummer der *Arbeiter-Zeitung* aus der eigenen Druckerei.

Redaktor Walther Bringolf

Die Generalversammlung wählte am 24. September 1921 Walther Bringolf als Zweitredaktor⁴². Während der bisherige Alleinredaktor Heinrich Schöttli weiterhin gleichzeitig als Arbeitersekretär wirkte und seine redaktionelle Tätigkeit bis 1929 im Nebenamt versah⁴³, wurde Walther Bringolf als hauptsächlicher Redaktor in den folgenden Jahren zum Mittelpunkt der politischen Arbeiterbewegung. Nach je einem vergeblichen Versuch, in den Kantonsrat und in den Grossen Stadtrat zu gelangen⁴⁴, wurde er im Wahlherbst 1924 in beide Parlamente gewählt, wobei ihm von den kommunistischen Kandidaten zusammen mit Hermann Schlatter und Heinrich Weber am meisten Stimmen zufielen⁴⁵. Dieser Umstand ist darum von Bedeutung, weil er beweist, dass sich Bringolf in kurzer Zeit parteiintern an die Spitze setzen konnte. Das war mit ein Grund, warum er ein Jahr später mit Philipp Wildberger und Hugo Schaller als Nationalratskandidat portiert und gewählt wurde (S. 376). Dieser beeindruckende politische Aufstieg war die Folge seines unerschrockenen Auftretens in der Öffentlichkeit als Redaktor, Demonstrationsredner, Streikführer und Parlamentarier. Der Pressemann Bringolf drückte der *Arbeiter-Zeitung* den Stempel seiner radikal-revolutionären Persönlichkeit auf, so dass das Arbeiterblatt aus der nördlichen Ecke der Schweiz zu einem helvetisch berühmt-berüchtigten Organ wurde. In den engen Verhältnissen von Schaffhausen rückte Walther Bringolf bis 1930 zum unbestrittenen Führer der Arbeiterschaft und zu einem beherrschenden Politiker auf, der bei Wahlen auch mit bürgerlichen Stimmen rechnen konnte. In den entscheidenden Jahren nach 1928 gelang es ihm sogar, die bewährten Arbeiterführer Hermann Schlatter und Heinrich Weber wegen ideologischer Differenzen aus der Partei auszuschliessen und seinen Nebenredaktor im Arbeitersekretariat zu

⁴² AZ 27.9.1921.

⁴³ AZ 3.1.1930.

⁴⁴ Wahl vom 18.2.1923/4.3.1923 (GSR) und vom 7.10.1923/14.10.1923 (KR).

⁴⁵ AZ 1.12.1924, 8.12.1924.

neutralisieren (S. 406). So stand Walther Bringolf im Jahr 1930 praktisch allein im Zentrum der Partei.

Bürgerlicher Zusammenschluss

Bürgerwehr

Der solidarische Kampfwille der Arbeiterschaft im Generalstreik forderte das Bürgertum zu einer Gegenbewegung heraus. Noch während der Streiktage wurde anlässlich einer von privater Seite einberufenen Bürgerversammlung am 12. November im Rüdengarten eine «Bürgerkommission»⁴⁶ gewählt. Sie hatte den Auftrag, Mittel und Wege zu finden, um die Arbeitswilligen zu schützen und die aufgebotenen Truppen durch eine Gabensammlung zu unterstützen. Ende November 1918 beschloss die Bürgerkommission die Organisation einer «Bürgerwehr», einer Art unbewaffneter Privatpolizei zum zusätzlichen Schutz der bestehenden Rechtsordnung. Der Aufruf zum Beitritt, abgedruckt in den bürgerlichen Tageszeitungen von Schaffhausen⁴⁷, hatte Erfolg: bis Januar 1919 meldeten sich 600 Freiwillige⁴⁸.

Nach knapp einem Jahr erstattete die Wehrleitung der Bürgerwehr Rapport, nicht an die Öffentlichkeit allerdings, sondern — an sämtliche Direktoren der Schaffhauser Industriebetriebe. Der *Arbeiter-Zeitung* wurde ein Exemplar des Rapportes zugespielt und fand dort im Jahr 1920 Verwendung als Anti-Erst-August-Artikel. Mit einem bissigen Kommentar wurde der einzige Einsatz der Bürgerwehr am internationalen Jugendtag vom 17. September 1919 dargestellt:

Mit Stolz weisen die Gesellen der weissen Garde auf den 7. September hin, wo auf Wunsch des Herrn Polizeidirektors die Herren Meier und Konsorten sich betätigten, wo diese Stützen der Gesellschaft die paar Jungburschen wie Strassenräuber

⁴⁶ Die Kommission bestand aus Fritz Braun, Hans Braun, Direktor August Bodmer, Jakob Brühlmann, Georg Bächtold-Büchi, Direktor Julius Degen, Friedensrichter Alfred Erzinger, Jakob Fehr, Julius Fischer-Braun, Direktor Ursus Haenggi, Johann Gotthilf Klingenberg, Otto Kühn, Vikar Dr. Gustav Lisibach, Ingenieur Karl Maier, Heinrich Meier-Kummer, Adjunkt Edmund Meyer, Christian Meyer, Oskar Oechlin, Hans Rohr-Habicht, Hans Ruckstuhl, Heinrich Stamm, Ingenieur Heinrich Wäffler und Fritz Ziegler (SI 14.11.1918).

⁴⁷ SI/ST 2.12.1918.

⁴⁸ Rohr 89.

überfielen, ihnen ihr Fähnlein raubten und sie mit Stöcken traktierten. «Auf Wunsch des Herrn Moser-Tobler!» . . . Wir Arbeiter sind nicht bewaffnet. Alle Aktionen sind bis heute auf legalem, gesetzlich erlaubtem Wege durchgeführt worden. Das Bürgertum aber rüstet zum Bürgerkrieg. Noch mehr! Es ist gerüstet⁴⁹.

Offensichtlich trauten die Bürgerlichen dem sozialistischen Stadtpräsidenten Hermann Schlatter und der unter seinem Befehl stehenden Stadtpolizei nicht. Sie glaubten, in der Bürgerwehr ein sicheres Instrument zur Handhabung von Ruhe und Ordnung geschaffen zu haben. Dass für ein Nachlassen der politischen und sozialen Spannungen nicht die Auswirkungen, sondern die Ursachen des Generalstreiks bekämpft werden mussten, wurde in weiten Kreisen übersehen. Obwohl die Bürgerwehr noch einmal reorganisiert und vom Regierungsrat eine gesetzliche Grundlage für den Ernstfall genehmigt, aber nicht in Kraft gesetzt wurde⁵⁰, verlor diese private Schutztruppe durch den Rücktritt von Hermann Schlatter als Stadtoberhaupt bereits 1919 ihre Bedeutung, weil das Kommando der Stadtpolizei wieder in die Hände eines Bürgerlichen fiel. Im «Aufruhrprozess» von 1924 wurden noch einmal einige «Bürgerwehrler» aufgezählt, die anlässlich eines Streiks in der «Moser-Metzg» an der Oberstadt gegen die Streiktafelträger vorgegangen waren⁵¹, doch handelte es sich dabei eher um eine Privataktion von einigen übereifrigen Bürgerlichen und nicht um ein eigentliches Aufgebot der Bürgerwehr. Diese halb-legale bürgerliche Ordnungstruppe erhielt nach 1927 in der kommunistischen «Arbeiterschutzwehr» eine entsprechende Gegenorganisation. Bis 1930 wurde die Bürgerwehr zwar noch im Adressbuch erwähnt, sie bestand aber kaum mehr als organisierte Formation.

Nationaler Parteienverband

Folgenscher für das politische Klima in Schaffhausen wurde die Gründung eines «Nationalen Parteienverbandes», dessen An-

⁴⁹ Der Rapport ist datiert vom 21.10.1919 und nennt die damalige Wehrleitung. Sie bestand aus Heinrich Meier-Kummer, Hauptmann Willy Votsch, Hauptmann Otto Vogler, Fourier Heinrich Brühlmann, Oskar Oechslin und Hans Ruckstuhl (Abdruck in AZ 31.7.1920).

⁵⁰ Rohr 90.

⁵¹ AZ 4.8.1924, 26.11.1924. Protokoll der Verhandlung vor Kantonsgericht in AZ 28.—29.11.1924.

fänge ebenfalls in die Generalstreiktage zurückreichen. Die Parteivorstände der *Freisinnig-demokratischen Partei*, der *Liberal-demokratischen Partei*, der *Christlich-sozialen Partei* und des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins, der eben daran war, sich zu einer *Bauernpartei* zu formieren, veröffentlichten am 13. November 1918 eine Proklamation, worin sie den gewaltsamen Umsturz zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen verurteilten⁵². Eine Delegiertenversammlung der drei Parteien, denen sich die neugegründete *Bauernpartei* und die in Entstehung begriffene *Evangelisch-soziale Vereinigung* anschlossen, genehmigte am 8. Februar 1919 ein Statut, das den Zweck des «Nationalen Parteienverbandes» wie folgt umschrieb:

- *Gemeinsame Stellungnahme gegen alle Versuche einer gewaltsamen Aenderung der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung.*
- *Mitarbeit am Ausbau der Demokratie in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Richtung auf gesetzlichem Wege.*

Dieser Zweckparagraph zeigt, dass der Generalstreik Schrecken verbreitet und einen bevorstehenden Umsturz signalisiert hatte. Die bürgerlichen Parteien lehnten gesamthaft die gewaltsamen Mittel ab, konnten sich dagegen nicht mehr leisten, die Forderungen der Arbeiterschaft zu ignorieren. Es zeigte sich übrigens sehr bald, dass die Einigkeit, in der sich die bürgerlichen Parteien während des Generalstreiks gewöhnt hatten, nicht von grosser Dauer war. Als die Delegiertenversammlung des «Nationalen Parteienverbandes» am 26. März 1919 zusammentrat, um über die eidgenössische Schutzhaftinitiative zu beraten, die vor allem gegen die radikale Linke gerichtet war, gelang es nicht, eine gemeinsame befürwortende Stellungnahme zu formulieren⁵³.

Besser klappte die Zusammenarbeit bei den Nationalratswahlen im Herbst 1919. Alle bürgerlichen Parteien samt den Grütlianern und der «Unabhängigen Wirtschaftsgruppe» schlossen sich gegen die Sozialdemokraten zu einem Wahlkartell zusammen. Diese Massnahme hatte insofern Erfolg, als die *Sozialdemokratische Partei* leer ausging (S. 285). Gleichzeitig erhielt aber auch die bisher allmächtige *Freisinnig-demokratische Partei* kein Mandat mehr und musste erkennen, dass ein bürgerlicher Parteienverband ihre Interessen nicht unbedingt zu schützen vermochte. Als Dr. Eduard Gub-

⁵² SI/ST 13.11.1918. Statut vom 8.2.1919 in Stadtbibliothek, FDP-Archiv.

⁵³ SI 27.3.1919.

ler, der neue Redaktor des *Intelligenzblattes*, anlässlich der Wahlen im Herbst 1920 die freisinnigen Ansprüche nicht zugunsten der Minderheitsparteien zurückstellen wollte, entstanden im «Nationalen Parteienverband» anlässlich der Zusammenkunft vom 17. November 1920 so grosse Widersprüche, dass er funktionsuntüchtig wurde⁵⁴. Die letzte Nachricht des «Nationalen Parteienverbandes» findet sich anlässlich der Nationalratswahlen im Oktober 1922, dann wird es still um ihn⁵⁵. Seine grosse Bedeutung liegt darin, dass er die Idee des gegen die Linke geeinten Bürgertums aufgriff und den Grundstein zur «Bürgerlichen Einigung» legte, die sich bis in die fünfziger Jahre in Wahlkoalitionen beobachten lässt.

Neue Splitterparteien

Die Geschehnisse des Schaffhauser Generalstreiks belasteten in erster Linie die Sozialdemokraten, die nun als Unruhestifter und Umstürzler galten. Angegriffen wurden aber auch die Freisinnigen, deren Vertreter im Regierungs- und Stadtrat nach Ansicht von Parlamentariern und Bevölkerungsteilen zuwenig getan hatten, um die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes abzuwenden. Das Unbehagen, das nach dem November 1918 in der Schaffhauser Politik herrschte, bezog sich allerdings nur kurzfristig auf die Haltung der Behörden, die eigentlich besonnen und einsichtig reagiert hatten. Die Verstimmung, soweit sie sich nicht auf die Linke bezog, richtete sich gegen die mächtige *Freisinnig-demokratische Partei* und ihr Führungskader, die in den fünfzehn Jahren ihrer Herrschaft versäumt hatten, eine ausgewogene Sozialpolitik für alle Schichten zu betreiben. Das Parteikader und das Parteivolk repräsentierten um 1918 recht einseitig den gehobenen Bürger-, Industrie-, Militär- und Juristenstand, der sich auf die Erhaltung des Bestehenden beschränkte.

In den Erschütterungen von Weltkrieg und Landesstreik verscherzte sich die *Freisinnig-demokratische Partei* die Sympathien der vernachlässigten Bauernschaft, die sich noch im Jahr 1918 in einer eigenen Partei organisierte. Auch die festbesoldeten Angestellten, die durch die Teuerung in Bedrängnis geraten waren, scherten aus der Grosspartei aus und begannen eine Separatpolitik zu betreiben. Auf der Seite der Linken hatte der Generalstreik die

⁵⁴ Echo 18.11.1920, 20.11.1920, 26.11.1920.

⁵⁵ Protokoll FDP Kanton 7.10.1922.

endgültige Trennung zwischen der nationalen und der internationalen Richtung geführt, indem sich die Grütlianer gegenüber der *Sozialdemokratischen Partei* als eine eigenständige Partei erklärten. Nichtsozialistische Arbeiter suchten nun das Heil einer versöhnenden Sozialpolitik in den Reihen der *Evangelisch-sozialen Vereinigung* oder der *Christlich-sozialen Partei*. Sie bewirkten teilweise eine Kursänderung der konfessionellen Parteien, die sich erstaunlich stark von der *Sozialdemokratischen Partei* abhoben.

Die Sozialdemokratische Volkspartei der Grütlianer (1918—1925)

Seit den Statuten vom 14. Dezember 1911 war die politische Abteilung der *Arbeiterunion* die organisatorische Basis der *Sozialdemokratischen Partei*, und die einst tragenden *Grütlivereine* bildeten lediglich ein Anhängsel der kantonalen Parteiorganisation. Zu ideologischen Differenzen zwischen der internationalen und der nationalen Richtung kam es in Schaffhausen erst im Zusammenhang mit den schweizerischen Ereignissen. Die Grütlianer waren anlässlich des sozialdemokratischen Parteitages von 1915 in Aarau nicht bereit, den Zimmerwald-Kurs und die Linksschwenkung mitzumachen⁵⁶. Durch Parteitagsbeschluss trennte sich damals der schweizerische *Grütliverein* von der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*. In Schaffhausen bemühte man sich, die Trennung der örtlichen Organisationen zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben. Sowohl der Präsident der *Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* als auch der Präsident des *Kantonalverbandes der Schaffhauser Grütlivereine*, Eduard Haug und Emil Meyer, betonten, dass eine gemeinsame Politik nach aussen weiterhin Bestand haben müsse⁵⁷. Um den entstandenen Riss nicht sichtbar werden zu lassen, verzichtete der *Grütliverein* auf eine formelle Austrittserklärung aus der *Sozialdemokratischen Partei*. Noch vor dem Generalstreik tagte aber der *Kantonalverband der Schaffhauser Grütlivereine* ausserhalb des kantonalen sozialdemokratischen Parteitages⁵⁸. Ein letztes Zusammengehen lässt sich in der Stadt Schaffhausen anlässlich der Ergänzungswahlen in den von 36 auf 50 Sitze erhöhten Grossen Stadtrat vom 13. Oktober 1918 beobachten. Am Vorabend des Generalstreiks fanden sich die *Sozialdemokratische Partei* und die *Sozialdemokratische Volks-*

⁵⁶ Jahresbericht GV 1916,35.

⁵⁷ Echo 12.1.1916, SI 13.1.1916, Echo 15.1.1917.

⁵⁸ Echo 24.6.1918.

partei, wie sich der *Grütliverein* jetzt nannte, mit der *Liberal-demokratischen Partei* und der *Christlich-sozialen Partei* zu einem Minderheitenblock gegen den Freisinn zusammen. Das Wahlkartell brachte den gewünschten Erfolg. Der Minderheitenblock erhielt sämtliche 14 neuen Mandate, während die Kandidaten der *Freisinnig-demokratischen Partei* unter dem absoluten Mehr blieben⁵⁹.

Nach dem Generalstreik war ein Zusammengehen der *Sozialdemokratischen Partei* mit der *Sozialdemokratischen Volkspartei* der Grütlianer nicht mehr möglich. Die Zeit der internen Auseinandersetzung war damit beendet, nun begann der Kampf der Linksparteien in der Öffentlichkeit, wobei sich das *Echo vom Rheinfall* und die neugegründete *Arbeiter-Zeitung* scharf bekämpften. Als am 8. Dezember 1918 eine Ersatzwahl für den verstorbenen Redaktor Walter Wettstein zu treffen war, zog der Grütliverein zum ersten Mal seit Jahrzehnten⁶⁰ mit einem eigenen Kandidaten in die Wahl und stand der *Sozialdemokratischen Partei* gegenüber. Gewählt wurde der Grütlianer Gottfried Meier-Lanz, während Eduard Haug (SP) zurückblieb. Dieses Resultat war angesichts des Linkskurses der Schaffhauser Arbeiterschaft überraschend und stärkte das Selbstbewusstsein der Grütlianer.

Vorerst sah es keineswegs so aus, als würden die Grütlianer in-
nert weniger Jahre politisch Bankrott machen. Von den 12 als Sozialdemokraten gewählten Kantonsräten bekannten sich 5 zu den Grütlianern, die sich im Januar 1919 zu einer eigenen Fraktion zusammenschlossen⁶¹. Noch bevor es zu dieser Trennung kam, reichten 8 Kantonsräte der Linken, worunter 3 Grütlianer, am 30. November 1918 eine gegen die arbeiterfeindliche Praxis des Parlamentes gerichtete Erklärung an Kantonsratspräsident Konrad Frey ein, dass sie keiner Vorlage des derzeitigen Kantonsrates mehr zustimmen würden⁶². Eine Aktionseinheit zwischen Grütlianern und Sozialdemokraten lässt sich auch später noch beobachten, beispielsweise in der gemeinsamen Ablehnung der «Lex Häberlin»,

⁵⁹ SI 14.10.1918.

⁶⁰ Echo 5.12.1918.

⁶¹ ST 23.1.1919.

⁶² Die Erklärung wurde unterzeichnet von Theodor Scherrer, Hermann Schlatter, Heinrich Schöttli, Hans Müller, Georg Kübler, Heinrich Bühler, Konrad Farner und Thomas Hefti (Protokoll KR 30.11.1918). Es fehlen die Unterschriften von Wilhelm Brütsch (Grütlianer) und Albert Biedermann (Grütlianer). Bühler und Hefti kandidierten 1920 als Grütlianer (SI 15.11.1920), Farner verzichtete 1920 als Grütlianer (Echo 8.11.1920).

die eine Schutzhaft für politische Unruhestörer vorsah⁶³. Aber in Wahlgeschäften gab es ab November 1918 keine Einheitsfront mehr.

Der Wahlherbst 1920 verteilte die Gewichte zwischen Grütliern und Sozialdemokraten neu. Im Wahlkreis Schaffhausen erreichten die Grütliern im ersten Wahlgang 7,7 Prozent der Gesamtstimmenzahl, die *Sozialdemokratische Partei* 50,5 Prozent⁶⁴. Einzig Bürgerratspräsident Biedermann, der schon die «Würgallianz» von 1916 überstanden hatte, wurde als Grütliern gewählt. In Neuhausen fiel der Grütliernpartei ein Stimmenanteil von 12,0 Prozent zu, den Sozialdemokraten 20,8 Prozent. Kein Neuhauser Grütliern wurde in den Kantonsrat gewählt. Dieses Zahlenverhältnis zeigt deutlicher als alle verbalen Belege, dass die radikale Richtung der *Arbeiter-Zeitung* und der *Sozialdemokratischen Partei* letztlich als Sieger aus dem Generalstreik hervorging. Für die gemässigten Grütliern und ihr *Echo vom Rheinfall* herrschte wenig Verständnis in der Öffentlichkeit. Die Tage waren vorbei, in welchen die Genossenschaftspioniere, die praktisch ausnahmslos aus den Reihen der Grütliern stammten, mit öffentlichem Dank und Anerkennung rechnen konnten. Für den Klassenkampf war bei den Grütliern wenig Interesse, noch weniger Talent und politisches Verständnis für harte Auseinandersetzungen vorhanden.

In den Kantonsratswahlen von 1924 konnten die Grütliern ihren Stimmenanteil auf 8,8 Prozent anheben, in Neuhausen zusammen mit der inzwischen neugegründeten *Sozialdemokratischen Partei II* auf 21,2 Prozent⁶⁵. Der leichte Zuwachs lässt sich durch das Zusammengehen mit der *Sozialdemokratischen Partei II* und der *Demokratischen Partei* erklären, die sich mit der *Sozialdemokratischen Volkspartei* zu einem Mittelblock zusammenschlossen.

Auch organisatorisch fanden Wandlungen statt. Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 12. März 1921 wechselte der *Kantonalverband der Schaffhauser Grütlivereine* den ganzen Vorstand aus, der neu von Lehrer Fridolin Hartmann präsiert wurde⁶⁶. War es noch am 7. Mai 1920 gelungen, mit dem Echo-Verleger Emil Nägeli einen Vertrag abzuschliessen, wonach das *Echo vom Rheinfall* weiterhin das Blatt der Grütliernpartei blieb, so endete das Vertragsverhältnis bereits anfangs September 1921 mit einem Miss-ton, als sich Nägeli mit Byland assoziierte und dem Blatt einen de-

⁶³ *Neue Arbeiterzeitung* 21.10.1922.

⁶⁴ AZ 15.11.1920. Betreffend Prozentzahlen siehe Anmerkung 103, S. 239.

⁶⁵ AZ 1.12.1924. Betreffend Koalition Grütliern-Sozialdemokraten siehe S. 377.

⁶⁶ *Echo* 16.3.1921.

mokratischen Kurs gab (S. 233). Der Verlust eines eigenen Presseorgans drohte die Grütlianerpartei noch mehr zurückzuwerfen. Als 1924 die Gründung einer neuen Zeitung zur Diskussion stand, zeigten die Grütlivereine Interesse. Unter dem Präsidium von Reallehrer Dr. Walter Utzinger beschloss die Delegiertenversammlung der Schaffhauser Grütlivereine im September 1924, sich an der *Schaffhauser Tagwacht* zu beteiligen⁶⁷. Dem Zeitungsunternehmen war ein kurzer Erfolg beschieden. Bereits am 25. Juli 1925 stellte die *Tagwacht* ihr Erscheinen wieder ein⁶⁸.

Um die Jahreswende 1925/26 wurde der schweizerische Grütliverein aufgelöst und mit ihm die zahlreichen Sektionen. Kurz vor der Auflösung der Schaffhauser Sektion wurde am 22. November 1925 der Grütlianer Paul Strub in den Stadtrat gewählt (S. 377). Die Mitglieder der Schaffhauser Grütlivereine zogen sich entweder völlig vom politischen Leben zurück oder traten der *Sozialdemokratischen Partei II* bei⁶⁹. Eine Ausnahme machte Albert Biedermann, der sich den Freisinnigen zuwandte⁷⁰. Nach einem halben Jahrhundert aktiver Politik verschwand der ehemals radikale *Grütliverein* von der Bildfläche. Seine einst gesetzten Ziele waren weitgehend erfüllt. Neue Generationen traten mit neuen parteipolitischen Formationen ins politische Leben ein.

Die Evangelisch-soziale Vereinigung (1918—1922)

Unter den parteipolitischen Gruppierungen tritt in der *Evangelisch-sozialen Vereinigung* kurzfristig eine Partei auf, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus von Interesse ist, während eine politische Bedeutung eigentlich fehlt.

Gewerkschaftliche Spuren der evangelisch-sozialen Bewegung finden sich in Schaffhausen bereits ab 1907. Unter Präsident Johann Guggisberg und Sekretär Hans Scretta wurde am 17. September 1907 ein «Evangelisch-sozialer Arbeiterverein» als Sektion einer gleichnamigen schweizerischen Vereinigung gegründet, in die er nachweislich 1908 aufgenommen wurde⁷¹. Im Januar 1914 zeichneten Johann Wanner als Präsident und J. Bollinger als Kassier⁷².

⁶⁷ Tagwacht 1.10.1924.

⁶⁸ Blaser 881.

⁶⁹ Protokoll KP Neuhausen 28.11.1925.

⁷⁰ Nachruf in SI 22.12.1932.

⁷¹ Echo 3.9.1907. ST 19.9.1907. SI 30.5.1908. Statuten vom 15.10.1907 in Stadtbibliothek UO 326 V 17.

⁷² SI 3.1.1914. Adressbuch 1930,380 und 1935,245.

Der Arbeiterverein war der evangelisch-sozialen Unterstützungskasse angeschlossen, welche 1907 auf schweizerischer Ebene gegründet worden war, um den *durch Arbeitskämpfe, Streiks, Aussperrungen und Verdrängungen um des Glaubens willen in Not geratenen Arbeitskollegen Unterstützung auszurichten*⁷³. Mitglieder der Unterstützungskasse waren evangelische Arbeitnehmer, die sich weder den sozialistisch-klassenkämpferischen noch den christlich-sozialen, katholischen Gewerkschaften anschliessen wollten. 1920 wurde aus den einzelnen Gewerkschaftssektionen der «Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellten» gegründet.

Die *Evangelisch-soziale Vereinigung* entstand in Schaffhausen nach dem Generalstreik als Reaktion auf einen materialistisch-marxistisch verstandenen Klassenkampf. Bei der Gründung Ende 1918 gehörten ihr 85 Mitglieder an, die sich aus der evangelisch-sozialen Bewegung und den christlichen Abstinenzvereinen wie etwa dem «Blauen Kreuz» rekrutierten⁷⁴. Am 13. Januar 1919 konstituierte sich die Gruppe definitiv und wählte einen Vorstand aus 15 Mann, der vorwiegend aus Arbeitern bestand⁷⁵. Die *Evangelisch-soziale Vereinigung* verzichtete auf ein Parteiprogramm, stellte aber ein Arbeitsprogramm auf, das die Schaffung einer eigenen Gewerkschaft und die Eröffnung eines eigenen Arbeitersekretariats ins Auge fasste. Die Gründer strebten auf der Grundlage des Christentums und einer nationalen Gesinnung eine bessere Fürsorge für die Arbeiter an. Einen ersten politischen Erfolg erreichte die *Evangelisch-soziale Vereinigung*, als ihr Präsident Robert Bolli von der *Liberal-demokratischen Partei* als Grossstadtrat portiert wurde und bei der Wahl vom 13. April 1919 ins Stadtparlament gelangte⁷⁶.

Im April 1919 schloss sich die *Evangelisch-soziale Vereinigung* mit Splittergruppen anderer Kantone zur *Evangelischen Volkspartei der Schweiz* zusammen⁷⁷. Der geistige Führer der schweizerischen Partei war der in Basel dozierende Schaffhauser Geschichtsforscher Hermann Bächtold, der auch die Redaktion des schweizerischen Parteiorgans, der *Evangelischen Volkszeitung*, führte⁷⁸.

⁷³ *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft* 1, Bern 1955, 587—588.

⁷⁴ SI 18.1.1919.

⁷⁵ ST 20.1.1919.

⁷⁶ ST 9.4.1919, 12.4.1919.

⁷⁷ SI 13.3.1919, ST 12.4.1919.

⁷⁸ Biographie in SBVG 34, 1957, 334—343.

Bächtold, ein resoluter Politiker, scheute sich nicht, in sozialen Belangen eng mit der *Katholischen Volkspartei* zusammenzuarbeiten, wenn es galt, der in freisinnigen und sozialdemokratischen Kreisen Vorschub geleisteten Ent-Christlichung Einhalt zu gebieten.

Anlässlich der Nationalratswahlen vom Herbst 1919 schloss sich die *Evangelisch-soziale Vereinigung* in Schaffhausen mit der *Sozialdemokratischen Volkspartei*, der *Christlich-sozialen Partei* und der *Liberal-demokratischen Partei* zusammen. Als «Vereinigte Minderheitsparteien» portierten sie gemeinsam den Grütlianer Jakob Hefti⁷⁹. Ihrer nationalen Grundhaltung entsprechend war die *Evangelisch-soziale Vereinigung* bereits im Februar auch dem «Nationalen Parteienverband» beigetreten (S. 274). Sie unterschrieb im Wahlherbst 1920 die bürgerliche Kantonsratsliste, ohne dass ihre eigenen Kandidaten oder Mitglieder darauf zu erkennen wären⁸⁰. Die Konstellation bezeugt immerhin, dass sich die Vereinigung gegen den Klassenkampf der *Sozialdemokratischen Partei* wandte und sich trotz sozialer Grundhaltung ähnlich wie die *Christlich-soziale Partei* lieber an die Freisinnigen anschloss, als den internationalen Kurs mitzumachen.

Die politische Situation in Schaffhausen ergab für die *Evangelisch-soziale Vereinigung* ideelle und personelle Ueberschneidungen mit der *Liberal-demokratischen Partei*. Einer der erfolgreichsten Abstinenzführer und Gründer evangelischer Gewerkschaften war der liberaldemokratische Stadtrat Conrad Leu⁸¹, der als Bindeglied beider Organisationen wirkte. Dadurch, dass sich die *Liberal-demokratische Partei* am 27. April 1919 neue Statuten gab und darin die sozialen Komponenten verstärkte⁸², näherte sie sich der *Evangelisch-sozialen Vereinigung*. Schliesslich drängte sich eine Fusion beider Organisationen auf.

Die Verschmelzung wurde am 19. Januar 1922 von den Liberaldemokraten besprochen. Die Vorstände beider Gruppierungen wurden beauftragt, Fusionsvorbereitungen zu treffen⁸³. Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung der *Liberal-demokratischen Partei* beschloss am 22. Januar unter dem Vorsitz von Karl Bachmann den Zusammenschluss. Stadtrat Conrad Leu, der die Pro-

⁷⁹ Amtsblatt 1919,1288.

⁸⁰ SI 13.11.1920.

⁸¹ Echo 20.9.1907. AZ 1.11.1924.

⁸² Statuten in Stadtbibliothek, FDP-Archiv.

⁸³ ST 21.1.1922.

gramme von *Liberal-demokratischer Partei*, *Evangelisch-sozialer Vereinigung* und *Evangelischer Volkspartei* erläuterte, wurde bis zu einer konstituierenden Sitzung als Interimspräsident bezeichnet⁸⁴. Ohne weitere Komplikationen schritt man zur Gründung der gemeinsamen Partei. Sie wurde durch die Versammlung vom 2. April 1922 geschaffen und erhielt die Bezeichnung *Evangelische Volkspartei*. Ihr erster Vorsitzender wurde Stadtrat Conrad Leu, dem ein leitender Ausschuss von fünf Mitgliedern und ein Parteivorstand von elf Mitgliedern zur Seite stand. Mit diesem Tag hörten die *Liberal-demokratische Partei* und die *Evangelisch-soziale Vereinigung* auf zu existieren.

Die Beamten und Angestellten

In der zweiten Hälfte des Krieges begann sich eine Solidarisierung unter den festbesoldeten Beamten und Angestellten abzuzeichnen. Auch sie waren in der Kriegsteuerung vom Kaufkraftschwund des Geldes mit betroffen und versuchten daher, ihre Interessen durch einen Zusammenschluss wirksamer zu vertreten. Am 8. August 1918 schlossen sich der «Kaufmännische Verein», der «Werkmeisterverband» und der «Technikerverband» zum «Kartell der Angestelltenverbände von Schaffhausen» zusammen⁸⁵. Anders als beispielsweise in Zürich, wo der Streik der Bankbeamten zur Auslösung des Generalstreiks beitrug, distanzierte sich in den Novembertagen das «Kartell der Angestelltenverbände von Schaffhausen» von den Streikaktionen⁸⁶.

Zum eigentlichen Organisator der staatlichen Angestellten wurde Bezirksgerichtspräsident Johannes Müller, der «Rote Müller», wie er seit 1903 hiess (S. 209). Er wurde 1912 nach langjähriger Mitarbeit im *Grütliverein* in den Kantonsrat gewählt, überwarf sich in der Frage der Militärdienstpflicht während des Krieges mit der *Sozialdemokratischen Partei* und wurde 1916 nur noch als «Wilder» bestätigt, indem er auf der bürgerlichen Kantonsratsliste aufgenommen wurde⁸⁷. Als überzeugter Offizier und harter Kommandant der Schaffhauser Kompagnie III/98 begründete Johannes Müller anfangs des Ersten Weltkrieges seine militärische Karriere, wobei er nach Walther Bringolfs Urteil seinen Grütlianerstandpunkt

⁸⁴ ST 23.1.1922.

⁸⁵ SI 13.8.1918. Echo 14.8.1918.

⁸⁶ Gautschi 225. SI 14.11.1918.

⁸⁷ SI 11.11.1916.

nie verleugnete⁸⁸. Später leistete Müller als Generalstabsoffizier Dienst beim Schaffhauser Sozialistengegner Heinrich Bolli in der Fortifikation Murten, ebenfalls bei Oberstdivisionär Bircher und im Divisionsstab Steinbuch. Kurz vor dem Generalstreik wurde ihm das Kommando der Mitrailleurkompagnie I/25 übertragen, die in den Novembertagen zum Ordnungsdienst nach Basel verlegt wurde⁸⁹. Johannes Müller erwies sich als besonnener Kommandant, der nicht nur jedes unnötige Blutvergiessen vermied, sondern auch durch fürsorgliches Wirken in den Grippetagen zur moralischen Stärkung seiner Schaffhauser Soldaten beitrug. Trotz militärischem Können stand er dem damals üblichen Offizierskastengeist kritisch gegenüber. Nicht zuletzt deshalb war es ihm nach dem Weltkrieg unmöglich, ganz zur *Freisinnig-demokratischen Partei* überzuwechseln, deren Führungsschicht ausser Oberst Heinrich Bolli und Oberst Konrad Frey zahlreiche weitere höhere Militärs umfasste. Müller setzte auf den demokratischen Flügel und liess sich in der Nationalratswahl von 1919 von einer «Politisch unabhängigen Wirtschaftsgruppe» als Kandidat portieren⁹⁰. Dabei hoffte Johannes Müller auf die Unterstützung der festbesoldeten Beamten und Angestellten, für die er durch eine Motion im Kantonsrat die Einrichtung der staatlichen Pensionskasse angeregt und damit eine Verbesserung ihrer Lage eingeleitet hatte⁹¹. Doch der «Rote Müller» verärgerte die Linke durch eine Listenverbindung mit dem «Nationalen Parteienverband», die Rechte durch seine distanzierte Haltung und den seltsamen Alleingang. Im Kampf gegen Sozialdemokraten und Bürgertum fiel er zwischen Stuhl und Bank und wurde nicht gewählt (S. 287).

Ein Jahr später wäre es darum gegangen, für die Angestelltenschaft einige Kantonsratsmandate zu sichern. Die Festbesoldeten schlossen sich im Wahlherbst 1920 zu einer parteiähnlichen Organisation zusammen. Der «Verein staatlicher Beamter und Angestellter», der «Kantonale Lehrerverein» und das «Landjägerkorps des Kantons Schaffhausen» traten als «Kartell staatlicher Funktionäre» mit dem «Kartell der Angestelltenverbände von Schaffhausen» zusammen und portierten fünf zum Teil auch anderweitig unterstützte Kandidaten⁹². Die Liste der Angestellten hatte wenig Erfolg. Nur

⁸⁸ Bringolf 32.

⁸⁹ Mitteilung Johannes Müller 28.6.1969, 8.2.1971.

⁹⁰ Amtsblatt 1919,1288.

⁹¹ Motion: Amtsblatt 1918,603; 1919,936. Besoldungsgesetz mit der Bestimmung zum Errichten einer Pensionskasse: GS³ 13,1921,257. Pensionskassendekret: GS³ 14,1927,263—280.

3,7 Prozent der Stimmenden im Wahlkreis Schaffhausen unterstützte sie⁹³. Keiner der Kandidaten wurde gewählt, das Mandat von Johannes Müller ging sogar verloren. Müller zog sich für Jahre aus dem politischen Leben zurück, während sich die Angestellten zum Teil in der *Demokratischen Partei* organisierten.

Die Demokratische Partei des Kantons Schaffhausen (1922—1926)

Die *Demokratische Partei* der zwanziger Jahre war eine aus Angestelltenkreisen genährte Splittergruppe, die nur im Wahlkreis Schaffhausen an den Kantonsratswahlen teilnahm. Sie trat ferner in Schaffhausen und Neuhausen bei Gemeindewahlen auf. Ihre Gründung als *Demokratische Partei (Mittelstandspartei) des Kantons Schaffhausen* erfolgte am 20. April 1922⁹⁴. Kurz zuvor war das *Echo vom Rheinfall* in *Schaffhauser Volkszeitung* umbenannt worden und erschien seit Ende Januar 1922 mit dem Untertitel «Demokratisches Tagblatt» (S. 233). Die Zeitung und die neue Partei standen in einem engen Verhältnis. Redaktor Conrad Friedrich Byland nahm Einsitz in den demokratischen Parteivorstand, dem E. W. Baur als Präsident, August Preysch-Huber als Vizepräsident, Dr. Max Koch als Sekretär und der Vorsteher der «Platzunion Schaffhausen», Hans Müller, als Kassier angehörten. Weitere Mitglieder der Parteiführung waren Heinrich Stamm und Franz Murbach⁹⁴. Sowohl Byland wie Heinrich Stamm, der später Parteipräsident wurde, gehörten bisher der *Freisinnig-demokratischen Partei* an⁹⁵. Von ihr spaltete sich ein Teil der Mitglieder ab, nachdem es einer 1917 gegründeten «jungfreisinnigen Gruppe» von Angestellten nicht gelungen war, zum nötigen Einfluss zu gelangen und eine stärkere Orientierung nach links durchzusetzen⁹⁶.

Die *Demokratische Partei* hielt sich im Herbst 1922 bei den National- und Ständeratswahlen zurück, indem sie sich darauf beschränkte, Stimmfreigabe und Stimmenthaltung zu proklamieren⁹⁷. Daraus lässt sich eine Reserve gegenüber den freisinnigen Stände-

⁹² SB 11.11.1920.

⁹³ Betreffend Prozentzahlen siehe Anmerkung 103, Seite 239.

⁹⁴ *Schaffhauser Volkszeitung* 21.4.1922. Dasselbe Blatt druckte am 30.5.1922 die Grundsätze und Ziele der *Demokratischen Partei des Kantons Zürich* ab, die offenbar auch für Schaffhausen als Richtlinien gelten sollten.

⁹⁵ *Schaffhauser Volkszeitung* 31.1.1922. Protokoll FDP Kanton Vorstand 20.4.1927.

⁹⁶ Protokoll FDP Stadt 11.10.1917. *Schaffhauser Volkszeitung* 31.8.1922, SI 1.9.1923.

⁹⁷ *Schaffhauser Volkszeitung* 26.10.1922.

räten ablesen. Einen unerwarteten Erfolg erzielte die Angestelltenpartei in der Grossstadtratsersatzwahl vom 18. Februar und 4. März 1923. In zwei Wahlgängen standen sich Heinrich Stamm (DP), Walther Bringolf (KP), Hans Gehring (SP) und Josef Löhner (CSP) gegenüber. Die *Demokratische Partei*, welche zum erstenmal antrat, gewann den Sitz⁹⁸.

Bevor die *Demokratische Partei* Gelegenheit erhielt, ihren Erfolg weiter auszubauen, ging im April 1923 ihr Presseorgan, die *Schaffhauser Volkszeitung*, ein. Sie war nun darauf angewiesen, ihre Parolen über die andern Tageszeitungen bekanntzugeben. Diese ungünstige Konstellation wirkte sich bereits im Wahlherbst 1924 aus. Mit der *Sozialdemokratischen Volkspartei* der Grütlianer und der *Sozialdemokratischen Partei II* schloss sich die *Demokratische Partei* zu einem «Mittelblock» zusammen. Keiner der vier Kandidaten der Demokraten erreichte bei den Kantonsratswahlen das absolute Mehr⁹⁹. Dafür drangen bei den Grossstadtratswahlen die drei Demokraten Hans Müller, Heinrich Stamm und Werkführer Wilhelm Rühlin durch¹⁰⁰. Gesamthaft gesehen war es aber doch ein recht bescheidener Erfolg der *Demokratischen Partei*, die gehofft hatte, der ganze Mittelstand werde sich ihr anschliessen.

Das Fehlen eines eigenen Parteiorgans und die mässige Breitenwirkung bewog die Führer der Demokraten, anfangs 1927 ihre separate Organisation aufzulösen und mit ihren Anhängern der *Freisinnig-demokratischen Partei* neue Frische zu verleihen¹⁰¹. Der kurze Sonderzug der Schaffhauser Demokraten fand damit sein Ende. Im Wahlherbst 1928 wurden die Vertreter der ehemaligen *Demokratischen Partei* im Schaffhauser Grossen Stadtrat alle bestätigt, alle als Mitglieder der *Freisinnig-demokratischen Partei*. August Preysch wurde gleichzeitig in den Neuhauser Einwohnerrat gewählt und galt als Vertreter der Bürgerlichen¹⁰².

Der sonderbare Ausgang der Proporzwahl von 1919

Für die eidgenössischen Wahlen vom 26. Oktober 1919 ergaben sich durch die inzwischen erfolgte Einführung des proportionalen Wahlverfahrens ganz neue Perspektiven. Die Wahl war völlig of-

⁹⁸ SI 19.2.1923, 5.3.1923.

⁹⁹ SI 1.12.1924.

¹⁰⁰ SI 8.12.1924.

¹⁰¹ Protokoll FDP Kanton Vorstand 20.4.1927.

¹⁰² ST 10.11.1928, 12.11.1928.

fen, um so mehr als beide bisherigen Vertreter, die freisinnigen Nationalräte Robert Grieshaber und Carl Spahn, nicht mehr kandidierten. Einen Situationsbericht der freisinnigen Wahlvorbereitungen gibt Eduard Gubler, damals Redaktor am *Schaffhauser Intelligenzblatt*:

Das Parteiwesen war damals bei einem grossen Teile des Volkes nicht gerade beliebt. 1919, nur ein Jahr nach dem Generalstreik, kam erstmals der Proporz bei den Nationalratswahlen. Damit fiel mir die Aufgabe zu, im ganzen Kanton Vorträge über dieses neue Wahlverfahren zu halten, das nicht überall sofort begriffen wurde. Ich suchte in meinen Vorträgen verständlich zu machen, dass, wenn überhaupt nur zwei Mandate zu vergeben sind, die beiden bürgerlichen Parteien, die Freisinnigen und die Bauern, ein Interesse hätten, eine Listenverbindung zu schliessen, um so mit grösster Wahrscheinlichkeit diese zwei Sitze zu erhalten...

Die Freisinnigen — um die bürgerliche Wahlkraft nach Möglichkeit zu retten — gaben nach, liessen Dr. Pletscher fallen und portierten den ebenfalls sehr beliebten Obergerichtspräsidenten Dr. Müller, dessen Namen sie kumulierten¹⁰³.

Die *Schaffhauser Bauernpartei*, kaum ein Jahr alt, portierte den populären Regierungsrat Dr. Traugott Waldvogel, der mit der Unterstützung der ganzen Landschaft rechnen konnte¹⁰⁴. Ausser diesen beiden bürgerlichen Grossparteien nahmen die «Vereinigten Minderheitsparteien» (SDVP, CSP, LDP, ESV) mit dem Echo-Redaktor Jakob Hefti an der Nationalratswahl teil. Die parteimässig noch nicht organisierte Angestelltenschaft unterstützte Bezirksgerichtspräsident Johannes Müller, dessen Liste den Titel «Politisch unabhängige Wirtschaftsgruppe» trug. Diese vier Listen waren unter sich im «Nationalen Parteienverband» verbunden, der sich gegen die *Sozialdemokratische Partei* und ihren «internationalen» Kandidaten Hermann Schlatter richtete. Alle fünf Kandidaten waren kumuliert. Trotz der sehr starken bürgerlichen Koalition war die Ausgangslage für die *Sozialdemokratische Partei* nicht aussichtslos. Sie hatte zwei Jahre zuvor bei der letzten Majorzwahl immerhin 45,9 Prozent der Stimmen erhalten, und die Gegenkandidaten von 1917 traten nun zurück. Allerdings fasste es die Linke

¹⁰³ SI 23.12.1961.

¹⁰⁴ Amtsblatt 1919,1288.

als Verrat auf, dass der ehemalige Parteigänger Johannes Müller eine Listenverbindung mit den Bürgerlichen eingegangen war¹⁰⁵.

Das Wahlresultat war für alle Parteien eine völlige Ueerraschung. Die Stimmen verteilten sich wie folgt auf die Listen¹⁰⁶:

Bauernpartei	7359	=	33,4 0/0
Vereinigte Minderheitsparteien	3217	=	14,6 0/0
Freisinnig-demokratische Partei	2865	=	13,0 0/0
Unabhängige Wirtschaftsgruppe	1577	=	7,2 0/0
Nationaler Parteienverband	15018	=	68,2 0/0
Sozialdemokratische Partei	6999	=	31,8 0/0
Total Stimmenzahl	22017	=	100,0 0/0

Die Stimmenzahlen zeigen, dass der Generalstreik einen Sieger und zwei Verlierer geschaffen hatte. Die bisher praktisch unbeschränkt herrschende *Freisinnig-demokratische Partei* erreichte gerade noch knapp die Hälfte der Stimmen der *Bauernpartei* und der *Sozialdemokratischen Partei*. Aber auch die Sozialdemokraten mussten Abstriche in Kauf nehmen. Zur grössten Partei war die *Bauernpartei* geworden, die mit den Mitgliedern des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins die ganze Landschaft beherrschte.

Der Proporz und die Listenverbindungen wirkten sich ganz unerwartet aus. Die erste Verteilung wies beide Mandate dem «Nationalen Parteienverband» zu, womit bereits feststand, dass die *Sozialdemokratische Partei* leer ausging. Diese beklagte sich nun über die «Politisch unabhängige Wirtschaftsgruppe» erst recht, die es durch eine andere Listenverbindung in der Hand gehabt hätte, der *Sozialdemokratischen Partei* einen Sitz zu sichern. Die zweite Verteilung, welche die Mandate innerhalb des «Nationalen Parteienverbandes» zuweisen musste, ergab einen Sitz für die *Bauernpartei*. Regierungsrat Dr. Traugott Waldvogel war somit gewählt. Die dritte Verteilung — und das war nun Anlass von Verwirrung und Bestürzung — wies auch das Restmandat der *Bauernpartei* zu, die den grössten Stimmenrest aufzuweisen hatte. Die Bauern, von ihrem Erfolg völlig überrumpelt, hatten aber gar keinen zweiten Kandidaten auf ihrer Liste. Gemäss eidgenössischem Wahlgesetz, dessen Anwendung noch ungewohnt war, blieb es nun den 15 Wahlmännern der *Bauernpartei*, welche die Liste einge-

¹⁰⁵ Schlatter-Haas 5.

¹⁰⁶ Amtsblatt 1919,1328—1332.

reicht und unterschrieben hatten, überlassen, nach freier Wahl einen Nationalrat zu bestimmen. Das war für alle, die vom proportionalen Wahlverfahren eine Verbesserung der demokratischen Verhältnisse erwartet hatten, ein Schlag ins Gesicht: 15 Mann konnten einen Nationalrat wählen, während eine Partei mit 7000 Stimmen leer ausging!

In dieser beispiellosen Situation versuchte die *Bauernpartei* aus dem Wahlgeschäft das Beste zu machen¹⁰⁷. Sie berief eine Abgeordnetenversammlung ein und liess die Anwesenden über das zweite Schaffhauser Nationalratsmandat befinden. Die 15 Wahlmänner waren bereit, sich dem Beschluss des Parteitages unterzuordnen. In der Debatte standen sich verschiedene Anträge gegenüber. Schliesslich siegte die Einsicht, die *Bauernpartei* verdiene nicht beide Mandate. Im wahrsten Sinne des Wortes «verschenkte» die *Bauernpartei* ihr zweites Mandat an die zweitgrösste Wählergruppe im «Nationalen Parteienverband». Es fiel an die «Vereinigten Minderheitsparteien» mit ihrem Kandidaten Jakob Hefti, den die 15 Wahlmänner der *Bauernpartei* zum Nationalrat bestimmten. Die kleine Splittergruppe der *Sozialdemokratischen Volkspartei* erhielt damit in Jakob Hefti, der sich knapp vier Monate zuvor in Schaffhausen niedergelassen hatte, einen Vertreter in der Bundesversammlung.

Der Grütlianer Hefti hatte es in der Folge nicht leicht. Als «Nationalrat von Bauers Gnaden» wurde der Echo-Redaktor bald von der *Freisinnig-demokratischen Partei*, dem *Tagblatt* oder dem *Intelligenzblatt* angerempelt, bald flickte ihm die *Sozialdemokratische Partei* und ab 1921 die *Kommunistische Partei* am Zeug. Die *Arbeiter-Zeitung* konnte in einem halblinken Grütlianer keinen würdigen Vertreter der Schaffhauser Arbeiterschaft erblicken. Auch in den Kreisen der *Bauernpartei* war man über den getroffenen Entscheid nicht lange glücklich, um so mehr als der «Nationale Parteienverband» mehr oder weniger zerfiel und bei den «Vereinigten Minderheitsparteien» wenig Interesse bestand, einen angefeindeten Glarner, der sich zufällig in Schaffhausen befand, zu stützen. Jakob Hefti sah die Situation real genug und zog die Konsequenzen. Er erklärte auf den 1. März 1921 seinen Rücktritt von der Redaktion des *Echo*, gab sein Nationalratsmandat an die *Bauernpartei* zurück und liess sich als kantonaler Steuersekretär nach Glarus wählen. Sein Schaffhauser Gastspiel war nicht mehr als eine seltsame Episode, die Aufsehen erregte, eine eher harmlose politische

¹⁰⁷ SB 27.10.1919, 29.10.1919, 30.10.1919, 3.11.1919, 10.11.1919. Amtsblatt 1919,1378.

Panne, die sich nur durch die völlig ungeklärte Parteiensituation vor der ersten Proporzwahl erklären lässt.

Den Schlussstrich unter die missglückte Proporzwahl von 1919 zog die *Bauernpartei*, indem sie die 15 Wahlmänner anwies, Gemeindepräsident Jakob Ruh von Buch als Nachfolger von Jakob Hefti zu bestimmen. Mit Regierungsratsbeschluss vom 21. März 1921 wurde Jakob Ruh in sein neues Amt eingesetzt¹⁰⁸.

Die Bauernpartei

Gründung

Die Bauernpartei des Kantons Schaffhausen, die anlässlich der ersten Proporzwahl von 1919 einen von ihr selbst völlig unerwarteten Erfolg hatte, ist durch den Beschluss der Delegiertenversammlung des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins vom 19. Dezember 1918 gegründet worden.

Ausgangspunkt der parteipolitischen Organisation der Bauern war die Bildung einer «landwirtschaftlichen Gruppe» im Kantonsrat, einer Art Fraktion, die sich etwa im September 1917 mit 27 Mitgliedern konstituierte¹. Als deren Gründer werden drei Vorstandsmitglieder des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins genannt: der Präsident Jakob Schlatter von Hallau, Jakob Ruh von Buch und Jean Stamm von Thayngen. Zum grossen Bedauern der *Freisinnig-demokratischen Partei*, die bisher die Bauernschaft und damit die ganze Schaffhauser Landschaft zu ihrem Anhängerkreis gezählt hatte, begann nun eine eigenständige bäuerliche Politik im Kantonsrat.

Die Delegiertenversammlung vom 20. Januar 1918 hatte über den Antrag von Christian Bächtold aus Schleithelm zu befinden, der vorschlug, die eben gegründete Kantonsratsfraktion zu einer Bauernpartei auszuweiten und den Vorstand des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins durch eine «politische Kommission» zu erweitern². Um die Frage gründlich abzuklären, wurde auf den

¹⁰⁸ Amtsblatt 1921,219.

¹ SB 11.2.1932. Der Zeitpunkt geht aus der Wahl von Jean Stamm (Thayngen) hervor, der am 2.9.1917 in den Kantonsrat gelangte (SI 3.9.1917).

² SI 21.1.1918. SL 23.4.1968.